

SPD: Schünemann muss gehen

Harsche Kritik an der Flüchtlingspolitik, am Umgang mit Rechtsradikalismus und mit der „Sansibar“-Affäre

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion fordert den Rücktritt von Innenminister Uwe Schünemann. Der CDU-Politiker sei verantwortlich für Pannen bei der Polizei, für eine „Verharmlosung des Rechtsradikalismus“ und für eine unangemessen harte Flüchtlingspolitik, sagte der sozialdemokratische Innenexperte Klaus-Peter Bachmann am Freitag. „Wir haben ihn im Verdacht, im Innenausschuss nicht die Wahrheit gesagt zu haben.“

Die SPD hält Schünemann mehrere Fehler vor. Die Abberufung des Polizeipräsidenten Christian Grahl, der in einer Bar im Rotlichtmilieu gefeiert hatte, sei inkonsequent gewesen. Erst nach dem Bekanntwerden des Falls habe Schünemann gehandelt. Außerdem habe er seinen „Kumpel“ Grahl nicht in den Ruhestand geschickt, sondern als politischen Beamten auf die für einen Laufbahnbeamten reservierte Position gesetzt. „Das halten wir für unzulässig“, sagte Bachmann. Die SPD zweifelt, ob die Umstände der Abberufung Grahls von Schünemann bislang richtig dargestellt worden sind. Das Innenministerium widerspricht: Grahl sei lediglich „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“ worden, mehr nicht.

Die SPD hält Schünemann auch vor, die von Neonazis ausgehende Gefahr heruntergespielt zu haben. „Bis zur vergangenen Woche ist das von ihm verharmlost worden“, erklärte die SPD-Innenpolitikerin Sigrid Leuschner. Als beispielsweise vor zwei Jahren beim NPd-Funktionär Thorsten Heise bei einer Durchsuchung Waffen gefunden wurden, sei ein Zusammenhang zu einem möglichen Rechtsterrorismus von Schünemann nicht gesehen worden. „Er war auf dem rechten Auge blind.“ Auf Nachfrage musste der SPD-Politiker allerdings eingestehen, dass auch die Sozialdemokraten damals diese Gefahr nicht erkannt hätten.

Bachmann kritisierte in diesem Zusammenhang den früheren Verfassungsschutzpräsidenten Rolf-Peter Minnier, der 1999 Hinweise auf die später für die Mordserie verantwortlichen Täter der Zwickauer Zelle nicht weiterverfolgt hätte. „Er hätte damals seinen Minister Heiner Bartling informieren müssen“, betonte Bachmann. Angeblich hat aber auch Minnier selbst nichts davon erfahren, wie es aus Landtagskreisen heißt. Entsprechende Warnungen seien im Mittelbau der Verfassungsschutzbehörde versandt.

In der Reihe der Gründe für die an Schünemann gerichtete Rücktrittsforderung erwähnt die SPD noch die Flüchtlingspolitik. Bundesweit ruge die Politik



Unter Druck: Innenminister Uwe Schünemann muss sich viele Fragen gefallen lassen – jetzt kommen Rücktrittsforderungen hinzu.

dpa

der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern negativ hervor, erklärte die SPD-Abgeordnete Silke Lesemann. In der Frage der Rückholung einer abgeschobenen Familie aus Vietnam zeige Schünemann jetzt nur deshalb Herz, weil er politisch unter Druck stehe, nicht aus wirklicher Einsicht.

Der Grünen-Rechtspolitiker Helge Limburg pflichtete der SPD bei: Falls Schünemann im Fall Grahl falsch berichtet habe, müsse er gehen. Schünemanns Unwahrheiten müssten die gleichen Konsequenzen haben wie die Grahls. Fritz Güntzler, innenpolitischer Experte der Union, nannte die Rücktrittsforderungen absurd.

CDU hält Oppermann für befangen: Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion zweifelt an der Eignung des Göttinger SPD-Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann als Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste. Oppermann habe

1999 der niedersächsischen Landesregierung angehört, und in die Amtszeit seines damaligen Kabinettskollegen Heiner Bartling falle die Ermittlungsspanne, bei der im Verfassungsschutz Hinweise auf die Gefährlichkeit von Holger G. ignoriert wurden. Oppermann müsse in seiner jetzigen Funktion in der Kontrollkommission womöglich gegen damalige Kabinettskollegen ermitteln und sei daher „schlicht befangen“, sagte der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Jens Naeke.

Minister will keine Wende in der Asylpolitik

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Die geplante Rückholung der nach Vietnam abgeschobenen Familie Nguyen bleibt die Ausnahme. Das hat Innenminister Uwe Schünemann (CDU) gestern im Gespräch mit dieser Zeitung bekräftigt. Für die vor sechs Jahren nach Istanbul abgeschobene Gazale Salame, deren Ehemann mit zwei Kindern weiter bei Hildesheim lebt, sieht Schünemann keine Chancen. „Da sehe ich keine Rückholmöglichkeit, weil Frau Salame bereits mehrere Jahre in ihrem Herkunftsland lebt.“

Schünemann wies indes Vorwürfe zurück, er plane eine Verschärfung der Regeln für die Härtefallkommission, die über humanitär begründete Ausnahmen von der Ausreisepflicht entscheidet. Die Regeln würden nicht verschärft, sondern der derzeitigen Praxis angepasst. In einigen Fällen habe man sie sogar entschärft. „Wir hatten da mal den Fall einer vorbildlich integrierten Frau, die zu 190 Tagessätzen verurteilt war – und zwar wegen eines Verkehrsunfalles und nicht wegen einer vorsätzlich geplanten Straftat.“ Das sei jetzt klarer geregelt. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Filiz Polat erklärte, es gebe auch Verschärfungen. So hätte die Familie Nguyen, die Schünemann jetzt zurückholen will, keine Chance mehr, überhaupt von der Kommission angehört zu werden: „Jemand, der einen Abschiebetermin hatte und dann ins Kirchenasyl flüchtete, fällt von vorneherein raus.“

Schünemann telefonierte am Freitag mit dem Auswärtigen Amt: „Ich habe mit dem Büroleiter von Außenminister Westerwelle gesprochen und bin verhalten optimistisch, dass die Rückholung der Familie in einigen Wochen klappt.“ Der SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy warf dem Minister „Hochstapelei“ vor.

Ngoc Lan, die 20-jährige Tochter der Nguyens, hofft, dass ihre Eltern und Geschwister zu Weihnachten wieder in Hoya sind: „Das wäre für mich das größte Geschenk.“ Ihr Vater sei am Freitag noch einmal in der Deutschen Botschaft in Hanoi gewesen, diesmal aber im Gegensatz zum Vortag nicht abgewiesen worden, berichtete sie dieser Zeitung: „Sie müssen jetzt viele Dokumente ausfüllen. Es wird wohl noch einige Wochen dauern.“ Die Familie war nach 19 Jahren in Deutschland abgeschoben worden.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken